

Pressemitteilung

„Großkirchen werden bevorzugt“

Politikwissenschaftler Ulrich Willems über die Problemfelder deutscher Religionspolitik – „Parteien haben die Religionspolitik vernachlässigt – AfD nutzt das aus“

Münster, 11. Mai 2016 (exc) Das Christentum und die beiden christlichen Großkirchen werden nach Einschätzung von Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems vom Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Uni Münster in Deutschland staatlich bevorzugt. „Die deutsche Religionspolitik weist eine religiös-christlich-großkirchliche Schlagseite auf und benachteiligt damit Konfessionslose und Minderheitenreligionen wie den Islam“, sagte der Wissenschaftler am Dienstagabend in Münster. Als Beispiele für diese „Asymmetrie“ nannte er hohe Hürden zur Erlangung des Status‘ der Körperschaft öffentlichen Rechts sowie zahlreiche gesetzliche Maßnahmen, die den Kirchen Vorrang etwa im Sozial- und Bildungssektor gäben.

„Die Politik in Bund und Ländern reagiert auf die wachsende Religionsvielfalt nur langsam und zögerlich, obwohl die historisch begründete Nähe von Staat und katholischer und protestantischer Kirche einen wesentlichen Teil der heutigen religionspolitischen Probleme verursacht.“ In der Kopftuchgesetzgebung etwa habe sie „die Probleme verschärft statt sie zu lösen“. Es bestehe an vielen Stellen ein erheblicher Problemdruck, wie die Konflikte um Beschneidung, Kruzifix, Schächten, Islamunterricht oder Moscheebau zeigten. „Doch von einer systematischen und flächendeckenden Religionspolitik zur Sicherung der gleichen Religionsfreiheit von Muslimen kann bisher nicht die Rede sein.“

„Mit der AfD wird die Politik die Geister, die sie rief, nicht mehr los“

Die Bevölkerung ist nach Einschätzung des Wissenschaftlers nur unzureichend auf die wachsende religiöse Vielfalt und nötige Reformen auf diesem Politikfeld vorbereitet. Das sei eine Folge der „vernachlässigten Religionspolitik“ und führe zu erheblichen Unsicherheiten, die die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ausnutze. Weil die herkömmlichen Parteien die religionspolitische Integration der Muslime als besonders problematischen Fall behandelten, seien sie mitverantwortlich für die Skepsis vieler Menschen gegenüber dem Islam, „Mit der AfD wird die Politik die Geister nun nicht mehr los, die sie mit ihrer zögerlichen, hinhaltenden und problematischen Reaktion und Kommunikation auf die Forderung der Muslime nach gleicher Religionsfreiheit und ihrer Integration in die religionspolitische Ordnung der Bundesrepublik gerufen hat.“

Der Wissenschaftler äußerte sich zum Auftakt der Ringvorlesung „Religionspolitik heute“ des Exzellenzclusters und des Centrums für Religion und Moderne der WWU. Der Vortrag erörterte historische, normative und systematische Grundlagen der Religionspolitik ebenso wie konkrete Fragen der aktuellen Religionspolitik. Prof. Willems analysierte dabei die Verfassungen von Bund und Ländern, Partei- und Wahlprogramme sowie die bürokratische Praxis und Gesetzesvorhaben in Bund und Ländern.

Mit Blick auf Partei- und Wahlprogramme aus den Jahren 2000 bis 2013 sagte der Wissenschaftler: „Die SPD zeigt bislang ein freundliches Desinteresse am religionspolitischen Feld, während sich die CDU – mit wenigen Ausnahmen wie dem islamischen Religionsunterricht und islamischen Fakultäten an deutschen Hochschulen – zu einem beherzten ‚Weiter so!‘ bekennt.“ Nur die Partei Bündnis 90/Die Grünen habe sich dem Politikfeld inzwischen systematisch gewidmet. Nachdem Ende der 2000er Jahre innerparteilich verstärkt religionspolitische Fragen aufgekommen seien, habe sich eine religionspolitische Kommission gebildet, deren Abschlussbericht nun vorliegt und im Herbst bei der Bundesdelegiertenkonferenz in Münster diskutiert werden soll.

Debatte nach kanadischem Vorbild gefordert

Die Vorgehensweise der Grünen sei ein guter Anfang für eine breite politische und gesellschaftliche Diskussion über das Feld der Religionspolitik, so der Wissenschaftler. Eine Expertenkommission nach kanadischem Vorbild könne einen gesellschaftsweiten Diskurs in Gang setzen. „Ein solches Instrument täte der deutschen Diskussion über den Umgang mit den Herausforderungen religiöser Vielfalt gut und könnte wieder zu einer sachlichen und unaufgeregten Debatte führen. Wir brauchen differenzierte Gespräche darüber, ob sich das Modell einer engen Staat-Kirche-Kooperation noch eignet, um den religiösen Mehr- und Minderheiten gleichermaßen Religionsfreiheit zu gewähren, beziehungsweise wie es verändert werden muss, um die Benachteiligung von Konfessionslosen und Muslimen zu beseitigen.“

Zu diskutieren sei auch der Umgang mit dem Körperschaftsstatus, der Religionsgemeinschaften viele Privilegien verleihe, den aber Minderheitenreligionen wie die Zeugen Jehovas nur durch Klage vor Gericht erreicht hätten. „Die Voraussetzungen für die Zuerkennung des Körperschaftsstatus gehen davon aus, dass Religionsgemeinschaften mitgliederschaftlich verfasst sind und über klare Mitgliedschaftsregeln verfügen und Instanzen existieren, die berechtigt sind, verbindliche Aussagen über zentrale Lehrinhalte zu treffen. Beide Voraussetzungen sind aber mit Blick auf den Islam nicht gegeben.“

Podien mit Vertretern der Parteien und Religionsgemeinschaften

Der Vortragstitel lautete „Religionspolitik heute. Eine Einführung in aktuelle Problemfelder und Positionen“. Am Dienstag, 24. Mai, spricht Zeithistoriker Prof. Dr. Thomas Großbölting vom Exzellenzcluster zum Thema „Restauration oder Aufbruch in der Rechristianisierung? Entstehung und Entwicklung der religionspolitischen Ordnung der Bundesrepublik“. Der Vortrag beginnt um 18.15 Uhr im Hörsaal F2 des Fürstenberghauses am Domplatz 20-22.

Die öffentliche Reihe des Sommersemesters befasst sich mit aktuellen Fragen der Islam- und Religionspolitik. Ziel der Vorträge und Podien ist es, Grundsatzfragen sowie aktuelle Konflikte und Lösungen zu erörtern, auch im internationalen Vergleich. Die Reihe bringt Wissenschaft, Politik, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften durch Vorträge und Podiumsdiskussionen ins Gespräch. (ska/vvm)

Bildzeile: Prof. Dr. Ulrich Willems (Foto: Exzellenzcluster „Religion und Politik“/ Sarah Batelka)

Kontakt:

Sarah Batelka
Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters „Religion und Politik“
Johannisstraße 1
48143 Münster
Tel.: 0251/83-23376
Fax: 0251/83-23246
religionundpolitik@uni-muenster.de
www.religion-und-politik.de

Wenn Sie Pressemitteilungen des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ nicht beziehen wollen, mailen Sie bitte an religionundpolitik@uni-muenster.de

Exzellenzcluster „Religion und Politik“ und Centrum für Religion und Moderne

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) forschen gut 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus mehr als 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und 14 Nationen. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis von Religion und Politik quer durch die Epochen und Kulturen: von der antiken Götterwelt über Judentum, Christentum und Islam in Mittelalter und früher Neuzeit bis hin zur heutigen Situation in Europa, Amerika, Asien und Afrika. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den 43 Exzellenzclustern in Deutschland der einzige zum Thema Religion. Bund und Länder fördern das Vorhaben in der zweiten Förderphase von 2012 bis 2017 mit 33,7 Millionen Euro.

Das Centrum für Religion und Moderne (CRM) der WWU ist aus dem Exzellenzcluster erwachsen und soll die interdisziplinären Forschungen zum Verhältnis von Religion und Moderne weiter intensivieren, neue Forschungsk Kooperationen anstoßen und öffentliche Debatten begleiten. Die Mitglieder erforschen Themen im Spannungsfeld von Religion und Politik, Recht, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft sowie die Rolle von Religionen in Modernisierungsprozessen.